



Im Jura drängen ausländische Unternehmen in den Öffentlichen Verkehr

Der Kanton Jura hat alle konzessionierten Buslinien ausgeschrieben. Danach sah sich die Regierung mit einer von 4'000 Jurassiern unterzeichneten Petition, einer angenommenen Motion im jurassischen Parlament und einer Aussprache mit den Gewerkschaften konfrontiert. Dennoch verzichtete sie bei der Ausschreibung darauf, wirksame Vorgaben zum Schutz der Arbeitsbedingungen und Löhne zu machen.

Der Kanton Jura hat alle konzessionierten Buslinien ausgeschrieben. Danach sah sich die Regierung mit einer von 4'000 Jurassiern unterzeichneten Petition, einer angenommenen Motion im jurassischen Parlament und einer Aussprache mit den Gewerkschaften konfrontiert. Dennoch verzichtete sie bei der Ausschreibung darauf, wirksame Vorgaben zum Schutz der Arbeitsbedingungen und Löhne zu machen.

Bis zum 28. November können Unternehmen, die die Buslinien im Jura übernehmen wollen, ihr Angebot abgeben. Die FahrerInnen berichten, dass sie während der Fahrt von Vertretern der ausländischen Unternehmen angegangen wurden. Sie wurden während der Fahrt fotografiert, gefilmt und ausgefragt. Die FahrerInnen fühlen sich ausgestellt, bedrängt und zum Verkauf an den günstigste Anbieter freigegeben. Die FahrerInnen haben heute an der Eröffnung der Messe Comptoir Delémontain in Delémont auf ihre Situation aufmerksam gemacht. Dabei haben sie symbolisch ein Rind zum Verkauf feilgeboten.

Weder Arbeitsplätze, Löhne oder Arbeitsbedingungen sind geschützt

Die FahrerInnen fürchten um ihre Arbeitsplätze. Das Unternehmen, das die Linien übernimmt, ist zwar verpflichtet die Fahrzeuge zu übernehmen, jedoch nicht das Personal. Ihnen muss lediglich ein „valables“ Stellenangebot gemacht werden. Die FahrerInnen fürchten ebenso um ihre Löhne. Denn das „valable“ Angebot muss nur einen Mindestlohn einhalten, der weit unter dem Durchschnittslohn der FahrerInnen liegt. Und sie fürchten um ihre Arbeitsbedingungen, weil die geltenden Gesamtarbeitsverträge in der Ausschreibung nicht als massgebend erachtet werden.

Die FahrerInnen sind von der jurassischen Regierung enttäuscht

Der Kanton hätte die Möglichkeit gehabt, in den Ausschreibungskriterien wirksame Vorgaben zum Schutz der FahrerInnen zu machen. Sie hat darauf verzichtet, obwohl sie gegenüber den FahrerInnen und den Gewerkschaften anderslautende Beteuerungen gemacht hatte. Die FahrerInnen haben deshalb entschieden, alle gewerkschaftlichen Mittel einzusetzen, um ihre Arbeitsplätze, Löhne und Arbeitsbedingungen zu verteidigen.

Syndicom, 18.10.2019.

Syndicom > Autobusbetriebe Jura Kanton. Syndicom, 2019-10-18